

6.Beiblatt

Beiblatt der Parlamentskorrespondenz

28.März 1952

Anfragebeantwortung

390/A.B.

zu 427/J

In Beantwortung

der Anfrage der Abg. B l e y e r und Genossen,

betreffend die angebliche Inanspruchnahme des Gebäudes Wien IV, Stalinplatz 8, in welchem das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau derzeit untergebracht ist, durch das sowjetische Besatzungselement, teilt Bundesminister für Handel und Wiederaufbau B ö c k - G r e i s s a u folgendes mit:

"Der stellvertretende sowjetische Hochkommissar, Generalmajor Kraskewitsch, hat anlässlich einer Vorsprache des Herrn Bundeskanzlers im Hotel Imperial am 21. Februar 1952 im Beisein des Herrn Vizekanzlers Dr. Schärf angedeutet, dass das sowjetische Element die Gebäude Wien IV, Stalinplatz 8, und Wien IV, Gusshausstrasse 3, für sich in Anspruch zu nehmen gedenkt. Über sofort erhobenen Einspruch hat der stellvertretende sowjetische Hochkommissar eine Überprüfung zugesagt.

Am 6. März 1952 erklärte Oberstleutnant Rumjantzew, der Leiter der Restitutionsabteilung des sowjetischen Elementes, dass dieses die erwähnten Gebäude für seine Zwecke in Anspruch nehme. Er ersuchte, mir zur Kenntnis zu bringen, dass die beiden Häuser bis spätestens April 1952 geräumt sein müssen.

Nach Erhalt dieser Mitteilung habe ich am 11. März 1952 ein Schreiben an das sowjetische Element gerichtet. In diesem habe ich darauf hingewiesen, dass sich beide Häuser bis zum Jahre 1938 im Besitz österreichischer Bundesbürger befanden und erst während des Hitler-Regimes in deutschen Besitz gelangten. Ferner habe ich darauf aufmerksam gemacht, dass die Österreichische Bundesregierung die beiden Objekte nach Räumung durch das ho. Ressort für den Wiener Stadtschulrat bestimmt hat, da nach Inanspruchnahme des dem Stadtschulrat bis 1938 zur Verfügung gestandenen Gebäudes Ecke Ringstrasse-Bellaria durch das sowjetische Element der Stadtschulrat seine Amtsräume in völlig unzureichender Weise in der Türkenstrasse und in der Hütteldorferstrasse provisorisch unterbringen musste.

7.Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

28.März 1952

Ich habe gebeten, zur Kenntnis zu nehmen, dass die erwähnten Häuser nicht für Zwecke der Besatzungsmacht zur Verfügung gestellt werden können.

Am 13. März 1952 hat Oberstleutnant Rumjantzew jene Gebäudeteile, die vom ho. Bundesministerium bereits geräumt waren, begangen und einige leere Zimmer, bzw. Zugänge von den Gängen aus, versiegelt und damit für sich in Anspruch genommen.

Um die Angelegenheit in unmittelbarem Verkehr mit dem sowjetischen Hochkommissar W.P.Swiridow behandeln zu können, hat der Herr Bundeskanzler nunmehr die Angelegenheit an sich gezogen und am 20.März 1952 ein Schreiben an den Genannten gerichtet. Sobald mir das Ergebnis dieser Fühlungnahme bekannt wird, werde ich mir erlauben, auf die Angelegenheit nochmals zurückzukommen."

-.-.-.-